

Abs.:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

Herrn Alan D. Meltzer, Gesandter-Botschaftsrat

Clayallee 170

14195 Berlin

Hameln, 01.11.2025

Sehr geehrter Herr Botschaftsrat,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass die US-Behörden gegen ausländische Studierende vorgehen, die lediglich ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrnehmen. 6000 Studierenden, meist aus afrikanischen, arabischen, asiatischen Ländern oder aus dem Nahen Osten, die friedlich gegen den Konflikt im besetzten Gazastreifen protestiert haben, wurde im August dieses Jahres das Visum entzogen, wodurch sie ihren sicheren Aufenthaltsstatus verloren. Internationale Dozent*innen und Mitarbeiter*innen sagten bei einer Gerichtsverhandlung über diese Angelegenheit aus, dass sie fürchteten, angezeigt und abgeschoben zu werden, wenn sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten.

Besonders problematisch erscheint, dass sich die Einwanderungsbehörden bei ihrem repressiven Vorgehen auf eine selten genutzte, nicht rechtssichere Bestimmungen des Einwanderungsrechts stützen sowie auf Doxxing-Websites von Dritten. Aufgrund dieser fragwürdigen Praxis haben Bundesgerichte die Freilassung inhaftierter Studierender angeordnet und die Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung kritisiert.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit an die für den Heimatschutz zuständige Ministerin, Frau Kristi Noem gewandt, eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei. Ich bitte auch Sie, Herr Botschaftsrat, dringend, sich dafür einzusetzen, dass der ungerechtfertigte Entzug der Visa und des Aufenthaltsstatus der betroffenen Studierenden eingestellt wird und dass geplante Abschiebungen nicht durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen